

Zur Wirkung der Politik
amerikanischer Präsidenten
auf Europa

Demokraten gegen Republikaner

Thomas Speckmann

Europa fiebert wieder mit im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf. Barack Obama heißt immer noch der Hoffnungsträger für die Mehrheit der Europäer – trotz mancher Enttäuschung und Ernüchterung diesseits wie jenseits des Atlantiks in den vergangenen Jahren. Zwar wird Obama im Gegensatz zum Wahljahr 2008 nicht mehr als „schwarzer Kennedy“ und neuer Martin Luther King verehrt. Aber er kann sich der Sympathien der Menschen in Europa weiterhin sicher sein.

Europas Vorzüge

Hier ist es bereits Tradition, Amerikas Präsidenten nicht so sehr nach ihren politischen Bilanzen, sondern eher nach ihrem äußeren Auftreten und Charisma zu beurteilen. Das *Wie* der amerikanischen Politik scheint die Stimmungslage der Europäer stärker zu beeinflussen als das *Was*. Die Verpackung scheint wichtiger als der Inhalt. Anders ist es kaum zu erklären, dass die Europäer in der Regel die Präsidentschaftskandidaten und späteren Präsidenten der Demokraten in ihr Herz geschlossen haben, obwohl sie seit dem Zweiten Weltkrieg vor allem mit US-Präsidenten aus der republikanischen Partei gute Erfahrungen gemacht haben.

Die historische Analyse der Frage, welchem amerikanischen Präsidenten die Europäer seit 1945 was zu verdanken haben, gelangt zu einem Urteil, das für das mediale Kurzzeitgedächtnis heutiger Zeit überraschend klingen dürfte: Die Republikaner – mit Ausnahme von George W.

Bush junior – waren für Europa meist die besseren Präsidenten. Vor allem die Deutschen vergessen immer wieder, dass große Vorsicht geboten erscheint mit hohen Erwartungen an das demokratische Lager in den USA, während sie von den Republikanern in der Regel nicht enttäuscht wurden. So verwandelte sich zwar unter Dwight D. Eisenhower in Korea der Kalte Krieg in einen heißen. Aber seine offensive Politik des *Roll Back* stoppte nicht nur den kommunistischen Vormarsch im wahrsten Sinne des Wortes, sondern ließ auch die wiederbewaffnete Bundesrepublik Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft werden – ein entscheidender Schritt auf Deutschlands langem Weg nach Westen. In Indochina hingegen ließ sich Eisenhower nicht in Frankreichs aussichtslosen Guerillakrieg hineinziehen. Eine politische Weitsicht, die John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson bei ihrer Entscheidung für die Intervention in Vietnam mit schließlich mehr als einer halben Million Soldaten vermissen lassen sollten. Stattdessen schloss Eisenhower Verteidigungsabkommen mit Korea und Taiwan – Verträge, die nicht nur bis heute Gültigkeit, sondern im Fall Taiwans den Frieden zugleich nachhaltig gesichert haben. Auch gegenüber Kuba setzte Eisenhower auf Diplomatie und warnte 1961 in seiner Abschiedsrede als Präsident zu Recht eindringlich vor den Gefahren, die ein einflussreicher militärisch-industrieller Komplex für die Vereinigten Staaten in Zukunft mit sich bringen würde.

Richard M. Nixon beendete den in Deutschland geradezu verhassten Vietnamkrieg und setzte auf eine aktive Entspannungs- und Abrüstungspolitik gegenüber den kommunistischen Mächten. Als erster US-Präsident reiste er nicht nur nach Moskau, sondern auch nach Peking. Die Nixon-Doktrin beinhaltete das, was sich die meisten Europäer von einem amerikanischen Präsidenten wünschen, wenn sie sich nicht gerade selbst sicherheitspolitisch bedroht fühlen und Washington um Hilfe bitten: die Abgabe globaler Hegemonialfunktionen an Verbündete auf regionaler Ebene.

Weitsichtigkeit der Republikaner

Nixon sah die Rolle der USA als die einer Ordnungsmacht im Hintergrund. Entsprechend gab er – nach anfänglicher Skepsis – auch Kanzler Willy Brandt große Handlungsfreiheit bei der Ostpolitik der Bundesrepublik. Als Nixons Präsidentschaft infolge der Watergate-Affäre jäh endete, setzte sein Vize Gerald R. Ford den Weg der Entspannung zwischen Ost und West erfolgreich fort. Mit der Schlussakte von Helsinki erkannten die Ostblockstaaten 1975 die Geltung der Menschenrechte formal an. Im selben Jahr nahm Ford auch am ersten Treffen des Weltwirtschaftsgipfels teil, den Kanzler Helmut Schmidt initiiert hatte, um über die Lage der Weltwirtschaft zu beraten und auf Krisen gemeinsam zu reagieren.

Ronald Reagan überforderte mit seinem massiven Aufrüstungsprogramm den Warschauer Pakt wirtschaftlich und schuf damit eine wesentliche Voraussetzung für den Zusammenbruch des Ostblocks. Zugleich befreite Reagan den europäischen Kontinent von der Bedrohung atomarer Mittelstreckenraketen, indem er zusammen mit Michail Gorbatschow die amerikanischen und sowjetischen Arsenale abrüstete.

Reagans Vize und Nachfolger George W. Bush senior hatte ein derart großes

Vertrauen in die Berechenbarkeit und Verlässlichkeit Deutschlands, dass er im Mai 1989 vorschlug, die Bundesrepublik solle für die USA in Europa eine herausgehobene Rolle spielen, sogar ein „Partner in Leadership“ sein. In diesem Angebot voller Erwartungen spiegelte sich nicht zuletzt der zielgerichtete und dabei zugleich überlegte außenpolitische Kurs Bushs, der in der deutschen Einheit mündete – und das gegen die anfänglichen Bedenken von Margaret Thatcher, François Mitterrand und Michail Gorbatschow. Bush seniors diplomatisches Geschick formte im zweiten Golfkrieg schließlich eine internationale Allianz gegen Saddam Husseins Irak, der sich auch das gerade wiedervereinigte Deutschland anschließen konnte, ohne in Konflikt mit den grundgesetzlichen Beschränkungen deutscher Militäreinsätze zu geraten.

George W. Bush juniors Hang zu unilateralistischem Handeln allerdings hat später nicht nur schwere Irritationen beim einstigen „Partner in Leadership“ ausgelöst, die bis heute anhalten. Seine Bilanz im „Krieg gegen den Terror“ fällt gerade auch mit Blick auf Deutschland ernüchternd aus: Deutsche Soldaten sind immer tiefer in einen kaum zu gewinnenden Guerillakrieg in Afghanistan hineingezogen worden. Zugleich vermehren sich in den letzten Jahren die Meldungen über Anschlägeplanungen von Islamisten in der Bundesrepublik. Die Verantwortung für diese Entwicklung trägt aber nicht allein die Bush-Administration. Bereits Bill Clintons Devise, das Leben amerikanischer Soldaten zu schonen, ließ Washington in den Neunzigerjahren im Irak, in Afghanistan und im Sudan zu einer Politik von Strafbombardierungen greifen, die jedoch weder totalitäre Regime noch den islamistischen Terrorismus wirksam bekämpfen konnten – eine kurzsichtige Politik, deren langfristige Folgen die Bundeswehr heute am Hindukusch negativ zu spüren bekommt. Dass auch deutsche

Soldaten hier zu töten und zu sterben haben, forderten nicht nur die Republikaner unter Bush und John McCain, sondern auch die Demokraten unter Barack Obama – bis heute.

Hier zeigt sich eine parteiübergreifende Kontinuität in Washingtons Denken und Handeln, die in der deutschen Debatte über die amerikanische Anti-Terrorismus-Politik oftmals übersehen wird; zu sehr erscheinen die Anschläge vom 11. September 2001 und das militärische Vorgehen der Bush-Administration in Afghanistan und im Irak als historische Zäsur.

Die Außenpolitik unter Clinton

In Wirklichkeit entschied sich aber nicht erst Bush, sondern bereits Clinton im Fall einer direkten Bedrohung amerikanischer Interessen oftmals für unilaterales Handeln. Nach den Anschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania 1998 benutzte die Clinton-Administration gleichfalls den Begriff des Krieges, um militärische Angriffe gegen Ziele in Afghanistan und im Sudan sowie die versuchte Tötung von Osama bin Laden zu rechtfertigen. Die grundsätzliche Bereitschaft zu einem solchen Vorgehen verbindet Demokraten und Republikaner.

Unter Clinton gestaltete sich die Anti-Terrorismus-Politik in einer Art und Weise, wie sie nach deutschen Vorurteilen vor allem typisch für die Bush-Administration erscheint: Terrorverdächtige wurden an Staaten wie Ägypten ausgeliefert, die des Foltereinsatzes beschuldigt wurden. Auch übte Clinton kaum oder nur verhalten Kritik am Vorgehen des Regimes in Kairo gegen die gewaltlose islamistische und säkulare Opposition. Vor dem Hintergrund der desaströsen Erfahrungen seines demokratischen Vorgängers Jimmy Carter und der angespannten Situation in Algerien wollte Clinton eine Wiederholung des iranischen Szenarios von 1979 verhindern. Der Hauptgrund dafür war die Entwicklung des arabisch-

israelischen Konflikts, der zu Beginn seiner Amtszeit einer Lösung nahe schien. Daher gelang es Kairo, losgelöst von Zusagen politischer Reformen und trotz damaliger Einschnitte in den Budgets der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik, weiterhin wirtschaftliche und militärische Hilfsleistungen in gewohntem Umfang aus Washington zu beziehen.

Gegenüber Saudi-Arabien genossen derweil realpolitische Kalkulationen der Clinton-Administration Vorrang vor dem Interesse an der Aufklärung von gegen Amerika gerichteten Terroranschlägen und der Beendigung der Finanzierung des islamistischen Terrorismus aus saudischen Quellen. Die von Clinton weitgehend ausgeblendete innenpolitische Situation der Ägypter und der Saudis wurde jedoch zu einer direkten Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA.

Die Truman-Doktrin und das deutsche Wirtschaftswunder

Auch bei Clintons Vorgängern aus den Reihen der Demokraten fällt die Bilanz deutlich nüchterner aus, als oftmals aus deutscher und europäischer Perspektive wahrgenommen wird: Harry S. Truman gelang es nach Franklin D. Roosevelts Tod zwar relativ rasch, den Zweiten Weltkrieg nicht nur in Europa, sondern auch im Pazifik zu beenden. Doch der Preis für die von ihren Diktaturen befreiten Deutschen und Japaner war hoch: Deutschland wurde zwischen den westlichen Alliierten und der totalitären Sowjetunion aufgeteilt. Auf Hiroshima und Nagasaki fielen die ersten und bisher letzten Atombomben in einem Krieg. Trumans Doktrin und seine Politik der Eindämmung legten einen nicht unbedeutenden Grundstein zum Kalten Krieg, dessen Front quer durch Deutschland verlief. Hier gelangen ihm allerdings nachhaltige Erfolge: Nicht nur rettete Truman Westberlin mit der Luftbrücke vor der sowjetischen Bedrohung, sondern schuf mit der Währungs-

reform und dem Marshallplan zugleich wichtige Grundlagen für das deutsche Wirtschaftswunder.

John F. Kennedy dagegen hat sich zwar 1963 selbst einen „Berliner“ genannt, aber zwei Jahre zuvor ohnmächtig dem Mauerbau und der betonierte Teilung Deutschlands zugeschaut. Das Risiko eines Dritten Weltkrieges ging er lieber für Kuba ein – erst 1961 beim Debakel in der Schweinebucht, dann ein Jahr später beim Raketen-Poker mit Nikita Chruschtschow. Sein Nachfolger Lyndon B. Johnson steigerte Kennedys Engagement in Vietnam zu einem der bislang längsten Kampfeinsätze in der amerikanischen Geschichte – mit gravierenden Auswirkungen auf das Bild von Amerika in Deutschland und Europa.

In Jimmy Carters Amtszeit fielen die Revolution im Iran und die gescheiterte Befreiung der amerikanischen Geiseln in der Teheraner Botschaft. Auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan reagierte Carter mit einer Doktrin, die Amerikas Politik im Nahen und Mittleren Osten militariserte und die Region nachhaltig destabilisierte. Carters Außenpolitik wurde nicht zuletzt von der deutschen Öffentlichkeit als widersprüchlich empfunden. Der Eindruck einer „schwächelnden“ Supermacht stellte sich ein.

Bill Clinton hat zwar mit viel persönlichem Einsatz versucht, einen Friedensschluss zwischen Israelis und Palästinensern zu erreichen, ist aber kurz vor dem Ziel gescheitert. Mit den Folgen ringt auch die deutsche Nahostpolitik bis heute. Unter Clinton erlitten die USA nicht nur in Somalia eine Niederlage. Sie versagten ebenso angesichts des Genozids in Ruanda. Auf dem Balkan griff Clinton zwar nach langem Zögern in den jugoslawischen Bürgerkrieg ein, hinterließ aber mit dem Vertrag von Dayton nur den völkerrechtlichen Rahmen für ein internationales Protektorat, aus dem sich Europäische Union und Vereinte Natio-

nen bis zum heutigen Tag nicht vollends zurückziehen können, ohne Gefahr zu laufen, dass alte Konflikte wieder neu ausbrechen. Das Gleiche gilt im Kosovo, wo er den völkerrechtlich umstrittenen Angriffskrieg der NATO gegen Serbien anführte.

Clintons Politik als Grundstein der Finanzkrise

Umso erstaunlicher ist es, dass sich Clinton im kollektiven Gedächtnis der Europäer weiterhin einer großen Beliebtheit erfreut, obwohl auch wesentliche Ursachen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in seiner Politik begründet liegen – mit fatalen Folgen für Europa. Denn es war die Clinton-Administration, die Wohneigentum für arme und Angehörige von Minderheiten in den USA förderte, indem sie Banken dazu bewegte, Kredite ohne jede Eigenkapitalleistung zu vergeben, selbst wenn das Risiko bestand, dass die Kreditnehmer zahlungsunfähig werden – eine bis dahin unbekannte Praxis. Durch die freizügig vergebenen Hypotheken wurden bis Ende der 1990er-Jahre zwei Millionen Amerikaner zu neuen Hauseigentümern.

Zugleich unterschrieb Clinton 1999 ein Gesetz zur Modernisierung der Finanzdienstleistungen. Mit ihm wurde das Glass-Steagall-Gesetz aus dem Jahr 1933 aufgehoben, das als Reaktion auf den Börsencrash von 1929 Fusionen von Investmentbanken mit Geschäftsbanken verboten hatte, um zu verhindern, dass Investmentbanker, die mit hohem Risiko spekulierten, Zugriff auf die Einlagen gewöhnlicher Bankkunden erhielten. Damit waren mehr als sieben Jahrzehnte lang Dominoeffekte bei Krisen im Bankensektor vermieden worden. Nach Clintons Unterzeichnung des neuen Finanzgesetzes sollte kein Jahrzehnt vergehen, bis die westliche Welt vor dem finanziellen Ruin stand – mit elementaren Auswirkungen auf die globale Ordnung. Aber selbst dieses De-

saster historischen Ausmaßes für Amerika wie für Europa hat Clintons Reputation weder in Deutschland noch bei seinen europäischen Nachbarn spürbar beschädigt. Wie lässt sich dieses Phänomen erklären? Ob John F. Kennedy, Bill Clinton oder Barack Obama, Amerikas Präsidenten aus dem Lager der Demokraten eroberten das Weiße Haus zumeist in einer Zeit, in der es ein starkes gesellschaftliches Verlangen nach Veränderung gab. Dies war in den Sechzigerjahren bei Kennedy, in den Neunzigern bei Clinton und Ende des letzten Jahrzehnts bei Obama der Fall. Jeweils herrschte in Amerika wie in Europa eine ungeheure Aufbruchstimmung vor den Wahlen, die durch die folgenden Siege der als Visionäre und Reformer geltenden Präsidentschaftskandidaten der Demokraten noch einmal gesteigert wurde.

Enttäuschende Realität oder zu hohe Erwartungen?

Doch eben diese Stärke, mit Ankündigungen und Versprechungen aufzutumpfen, ist auch eine Schwäche amerikanischer Präsidenten der demokratischen Partei. Sie können zwar begeistern und mobilisieren, schaffen aber zugleich Erwartungen, die in der politischen Praxis kaum erfüllbar sind. So sind mit Barack Obama erneut die Herzen in Deutschland einem Demokraten zugeflogen, der ähnlich wie die Republikaner militärische Interventionen als eine Option im Umgang mit gegnerischen Regimes sieht, sogar zwischenzeitlich mehr Mittel für das Militär bereitgestellt hat als sein Vorgänger Bush und derzeit die amerikanischen Streitkräfte für Geheimoperationen mit Kampfdrohnen und Spezialkräften umrüstet – nach Plänen, die bereits der in Europa wenig beliebte Verteidigungsminister Donald Rumsfeld unter Bush junior verfolgt hatte. An dessen Strategien erinnert auch die von Obama befohlene Tötung von Osama bin Laden

durch amerikanische Soldaten in Pakistan – eine völkerrechtlich umstrittene Operation. Zugleich hat der Friedensnobelpreisträger den Einsatz von Kampfdrohnen am Hindukusch und in Afrika massiv ausgeweitet – ein geheimer Krieg, der täglich Staatsgrenzen, Souveränitätsrechte und Rechtsstaatlichkeit missachtet.

Dieser „Schattenkrieg“ erlaubt es Obama, sich in der globalen Wahrnehmung von seinem martialischer wirkenden Amtsvorgänger Bush abzusetzen und als scheinbar diplomatischer Friedensbringer die Herzen der Menschen diesseits wie jenseits des Atlantiks weiterhin zu erobern. Dabei wirkt seine Gesamtbilanz nach einer Amtszeit ernüchternd – nicht zuletzt in der Außen- und Sicherheitspolitik: Sein Versprechen, das international stark kritisierte Gefangenenlager Guantánamo mitsamt der dortigen Militärtribunale abzuwickeln, hielt er nicht. Sie bleiben auf unbestimmte Zeit bestehen. In Afghanistan erhöhte er den militärischen Einsatz massiv und bestimmte zugleich den Rückzugstermin: Irritationen und Frustrationen folgten bei den Verbündeten, Genugtuung und Ermutigung aufseiten von Taliban und Al Qaida.

In Libyen stimmte Obama erst einer Intervention zu, beteiligte sich dann aber nur halbherzig am Feldzug gegen das Regime von Gaddafi, was den Krieg unnötig in die Länge zog und die Zahl der Opfer deutlich erhöhte. Und schließlich gibt er den Europäern in ihrer Staatsschuldenkrise immer wieder ungefragt Ratschläge, lässt aber daheim durchschlagende Erfolge seiner Strategie gegen die ökonomische Misere der USA vermissen. Dennoch findet Obama auch in seiner Wahlkampagne 2012 willige Unterstützer in Europa. Die Deutschen scheint insbesondere bei amerikanischen Präsidenten schon immer die Ästhetik der Politik mehr interessiert zu haben als die Politik selbst.